

ten und der progressiven Kräfte in der Welt historische Erfolge im Kampf für Freiheit und nationale Unabhängigkeit errungen haben. Beide Seiten erklärten ihre unverbrüchliche solidarische Haltung mit der Volksrepublik Mozambique, der Republik Guinea-Bissau, der Republik der Kapverden und der Demokratischen Republik São Tomé und Príncipe.

Die DDR und die VR Angola vertreten die Ansicht, daß der Kampf der unterdrückten Völker von Simbabwe, Namibia und der Republik Südafrika für Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit legitim ist, erklären sich solidarisch mit diesem Kampf und rufen alle fortschrittlichen Kräfte der Welt auf, ihre Unterstützung für die gerechte Sache dieser Völker zu verstärken. Voller Empörung und Abscheu verurteilen die DDR und die VR Angola die jüngsten Massaker des Vorster-Regimes unter der südafrikanischen Bevölkerung in Soweto. Die Verantwortung für das Vorgehen der südafrikanischen Rassen tragen auch jene imperialistischen Kreise, die selbst angesichts der jüngsten Ereignisse und unter Mißachtung der Beschlüsse internationaler Organisationen weiter mit dem rassistischen Regime in Pretoria Zusammenarbeiten und es politisch-diplomatisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützen.

Entsprechend den Prinzipien der UNO-Charta und der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker fordern die DDR und die VR Angola mit Entschiedenheit die Beendigung der imperialistischen Politik des Kolonialismus, des Neokolonialismus, des Rassismus und der Rassendiskriminierung und verurteilen auf das schärfste die volksfeindliche und aggressive Politik der rassistischen Minderheitsregimes in Südrhodesien und in der Republik Südafrika, die fortgesetzten Provokationen des Smith-Regimes gegen unabhängige afrikanische Staaten, insbesondere gegen die Volksrepublik Moçambique, und fordern alle Staaten zur strikten Einhaltung der gegen diese Regimes gerichteten UNO-Beschlüsse auf.

Beide Seiten verurteilen entschieden die Kräfte, die in Worten gegen Kolonialismus und Rassismus auftreten, deren Politik jedoch in der Tat auf die Verschärfung der internationalen Spannung, auf die Provozierung bewaffneter Konflikte und auf die Untergrabung der nationalen Befreiungsbewegung gerichtet ist.

Beide Delegationen stimmen darin überein, daß die Staaten, die eine Politik der Nichtpaktgebundenheit verfolgen, einen wichtigen Faktor in der Welt darstellen, und gelangten zu dem Schluß, daß diese Länder im Zusammenwirken mit den sozialistischen Staaten und allen progressiven Kräften auf antiimperialistischer Grundlage einen bedeutenden Beitrag für den allgemeinen Kampf um Frieden und Sicherheit der Völker leisten können.

Beide Seiten schätzen die Rolle der Organisation der Vereinten Nationen als Forum des Kampfes um Frieden und internationale Sicherheit, gegen imperialistische Aggressionspolitik und Neokolonialismus hoch ein. Sie treten für die Erhöhung der Effektivität dieser Organisation sowie für die strikte Einhaltung